

Die „Volkswacht“ erscheint täglich frühzeitig am Morgen und ist durch die Expedition, Postamt Nr. 24, durch die Post und die Abbestellung zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,50, von Ende 20 1/2 Pf. Postgebühren M. 2,70.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Beitragende für die nächste Nummer zu zahlen bis zum 1. März in der Expedition abgeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Nr. 12.

Freitag, den 15. Januar 1904.

15. Jahrgang.

## Für die Handwerker!

Der Reichstag ist mitten in sozialpolitischen Debatten. Waren es am Mittwoch die Bergarbeiter, deren soziale Lage im Anschluß an unsere Interpellation wegen der Wurmkrankheit erörtert wurde, so war es heute die Frage der Ausdehnung der Zwangsversicherung auf die Handwerker, die das Haus wieder in einer sehr ausgedehnten Sitzung beschäftigte, nachdem die Einstellung des Strafverfahrens gegen Genossen Thiele ohne weitere Erörterung bewilligt worden war.

Die Ausdehnung der Zwangsversicherung auf die selbstständigen Handwerker, die ein Einkommen bis zu 2000 Mk. haben, ist eine als sozialpolitische Forderung, die schon im Jahre 1882 von unserer Fraktion erhoben worden ist. In dem Bestreben, sozialpolitisch zu renommieren, schmückten sich die Nationalliberalen mit unseren Forderungen und betrauten ihre neugewonnene Kraft, den in Offenbach a. M. gewählten Dr. Becker, mit der Aufgabe, eine Interpellation zu begründen, die die Einbeziehung der Handwerker in die Alters- und Invaliditätsversicherung forderte, während die ebenso wichtige Unterstellung der Handwerker unter die Krankenversicherung beim eiligen Abschreiben unserer alten Anregungen offenbar vergessen worden war. Herr Dr. Becker hatte gestern schon ein Beispiel von der Art gegeben, wie er den Wohlkampf gegen die Sozialdemokratie geführt hatte — mit törichteren Unterstellungen, Verdrehungen und wirren, konfusem Behauptungen. Heute vervollständigte er das Bild seiner Persönlichkeit durch die überaus große Unwissenheit, die er in seiner Rede hervortreten ließ. Dieser „Hähele“ Fraktionsrechner einer Partei, die sich gern selber als die von Weisheit und Bildung bezeichnet, weiß in unserer sozialen Gesetzgebung durchaus nicht Bescheid. So ist er der Meinung, daß den Gesellen, wenn sie sich selbständig machen, ihre Versicherungsbeiträge herausgegeben würden.

Die Antwort, die Graf v. Helldorf der Anregung selber gab, klang sehr ablehnend. Prinzipiell ist ihm der Gedanke sehr unympathisch, die Wohlthaten der staatlichen Fürsorge für das Alter und die Invalidität nicht nur dem selbstständigen Arbeiter, sondern auch dem selbstständigen Handwerker zuteil werden lassen. Er wittert dahinter Sozialismus, und die armen Nationalliberalen mußten sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie mit ihrer Interpellation dem „Staate des Herrn Bebel“ vorarbeiteten. Interessant waren die Mittelungen des Staatssekretärs über die Witwen- und Waisenversicherung, die diesem ultramontanen Schemen die letzten Konturen nahm. Was allenfalls übrig bleiben wird, ist nach den Worten des Staatssekretärs eine Unterstützung auf „allerschmalster Grundlage“ für die bedürftigsten Witwen. Und auch das ist nur möglich, wenn Arbeiter und Unternehmer zu Beiträgen herangezogen werden.

Herr Trimborn nahm diese Mitteilung, die die sozialen Nebenarten des Zentrums über den Segen der von ihm angebahnten Witwenversorgung den Boden entzog, mit philosophischer Ruhe auf. Dieser Drahtzieher hat von vorn-

herin gewußt, was es mit dem Schaugericht auf sich hat, das den katholischen Arbeitern aufgesetzt worden ist. Im übrigen stellt sich Herr Trimborn ganz an die Seite des Grafen v. Helldorf und wies den Gedanken einer Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Handwerker als noch nicht ausgereift zurück. Um die Handwerker zu trösten, hat er eine andere Attrappe für sie in Bereitschaft: er stellt den Innungsmeistern das ausschließliche Recht der Lehrlingsausbildung in Aussicht.

Genosse Mollenhuth ging mit den Sozialpolitikern des Zentrums und den Nationalliberalen scharf ins Gericht. Herr Dr. Becker fertigte er mit glücklicher Ironie ab und Herr Trimborn erinnerte er daran, wie das Zentrum immer versagt habe, wenn es sich um die Einbeziehung der Landarbeiter in die Kranken- und Altersversicherungen gehandelt habe. Dem Grafen v. Helldorf wies er nach, daß seine finanziellen Bedenken gegen die Unterstellung der Handwerker unter den Versicherungszwang unbegründet seien, den die soziale Entwicklung immer notwendiger mache. Die weitere Debatte ergab, daß die Freunde der Ausdehnung der Versicherungswanges ziemlich dünn im Hause gesät waren. Nur eine Gruppe der Rechten, mit dem Tischlermeister Pauli an der Spitze, trat mit den Antifemiten für ihn ein, während ein Welse, Herr Dr. Bachnick von der freisinnigen Vereinigung ihn mit stark mancherlei Gründen bekämpfte. Auch bei den Nationalliberalen herrscht keine besondere Begeisterung für die eigene Interpellation; das klang aus den Reden des Herrn Dr. Bahig und des Herrn Hagemann deutlich hervor.

Herr Bahig zog ziemlich unvermittelt den Crimtschau-Streit herbei, um die von dem Erfurter Landgerichtsdirektor Hagemann im schneidigsten Tone vorgelegene Behauptung zu rechtfertigen, daß die Sozialdemokratie politische Gegner bonforte. Er erwies sich damit als eines der in Crimtschau von den Fabrikanten gepfropften Meißer, von denen wir bei der demnächstigen Debatte über Crimtschau noch einige mehr lernen werden. Mollenhuth wies die verdächtige Behauptung würdig zurück.

Die Debatte endete mit einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Zentrum, die von Bebel geführt wurde, während Herr Bachem nur schwach erwiderte. Die freisinnige Volkspartei schweig sich aus, um sich nicht zu blamieren.

Am Freitag wird die Interpellation wegen des Jugungszwanges verhandelt werden, am Sonnabend fällt die Sitzung aus.

## Politische Uebersicht.

Die Reichstagsarbeiten sollen gefördert werden. Der Seniorenkonvent des Reichstages hielt am Donnerstag eine Sitzung ab. Es wurde beschlossen, am Sonnabend wegen der Eröffnung des preussischen Landtags keine Sitzung abzuhalten. Alsdann machte Präsident v. Kallstreem darauf aufmerksam, daß durch die langen

Neben bei den Interpellationen die Fertigstellung des Etats bis Ostern gefährdet sei. Von allen Parteien wurde zugestimmt, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß die Mitglieder der Parteien sich kürzer fassen. Vor Erledigung der zweiten Staatsberatung soll kein Schwereinstieg mehr stattfinden.

**Zur Kritik in Ostasien.** Die Antwort Japan auf die russische Note ist nach einer „Reuter“-Mitteilung am Mittwoch Nachmittag Baron von Rosen aus gehändigt worden. Die Verhandlungen werden fortgesetzt, ohne daß eine bestimmte Zeitgrenze festgesetzt wäre. Die in europäischen Blättern enthaltenen Angaben über angebliche Forderungen Japans bezüglich der Mandchurei haben in Tokio, wie dem „Reuter“-Bureau von dort vom Mittwoch berichtet wird, große Ueberraschung hervorgerufen. Japan habe niemals die Rückung der Mandchurei verlangt, es habe vielmehr die besonderen Interessen Rußlands und dessen Recht, seine Interessen zu schützen, offen anerkannt und nur gefordert, daß Rußland seine freiwillig gegebenen Bürgschaften über die Achtung der territorialen Integrität Chinas in der Mandchurei auch einhalte. Außerdem habe Japan Freiheit der den Wohnsitz betreffenden Rechte und des internationalen Handels in der Mandchurei verlangt.

**Eine sensationelle Ausweisung.** Der Reichstagsabgeordnete Delfor, Vertreter von Wolsheim (Erlau), ist am Donnerstag Abend, als er in Lunewille eine Versammlung abhalten wollte, aus Frankreich ausgewiesen worden. Der hierauf „Erfasser“ veröffentlichte Bericht hierüber:

Delfor wurde in Lunewille durch Verfügung des Präsidium vom 20. März aus Frankreich wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausgewiesen. Delfor wollte bei Gelegenheit seines jährlichen Neujahrsbesuches bei einigen Freunden unter anderem auch Wolsheim aus seinen früheren Wurzeln einen religiös-sozialen Vortrag im Vereinshaus für die in Lunewille zahlreich ansässigen Elässer in französischer und deutscher Sprache halten. Die Versammlung, zu der Frauen und Kinder eingeladen waren, soll eine private und keine politische gewesen sein. Nachdem Delfor die Namen Bekannten genannt hatte, wollte er sich in Begleitung des Abgeordneten von Lunewille, Corrad des Offiziers, der ebenfalls zum Vorstand des Vereinshauses gehört, zur Versammlung begeben. Etwa 800 Personen hatten seine. Raum hatten Delfor und sein Begleiter mehrere hundert Meter zurückgelegt, als ein Polizeikommissar auf sie zukam, seine Schärpe umlegte und Delfor die Ausweisungsbefehle überreichte. Corrad hat den Kommissar, in seine Wohnung zu kommen und dort seinen Protest zu protokollieren zu nehmen. Er protestierte darin gegen die Gewalt, die der Versammlung angetan worden sei, und gegen die Behandlung, die man einem ruhigen katholischen Priester zu teil werden lasse. Die Nachricht von der Ausweisung rief in der Versammlung, sowie unter den katholischen Elässern Lunewilles große Aufregung hervor, so daß man dringend bitten mußte, von jeder Demonstration abzuhalten. Um 1.30 Uhr verließ Delfor in Begleitung zweier Mitglieder des Vorstandes des Vereinshauses, die mit ihm bis zur Grenze fuhren, um ihm dort noch einmal ihr Beileid anzubieten, Lunewille. Der Zufall wollte es, daß der Kommissar, der die Ausweisung vornehmen mußte, früher Schüler des Delfor im kleinen

## Im Wirbel.

Von Carl Morburger.

„Recht hast, Vater, ganz recht!“ kommt es vom Sofa her, und ein junger Mann legt das Buch, in dem er gelesen, bei Seite und kommt näher. Sein langes Bein ist steif und unbeweglich. Die Lehne des Sofas und des Stuhles dienen ihm als Stütze.  
„Recht hast, Vater, recht hast!“ wiederholt er.  
„Und das Glück, das mir mit'n Anton g'habt hab'n, wie er in das Widderschäft einmühten ist? Die Freud, die mir g'habt hab'n — der macht kein Glück, hat's g'heiden. Der wird no' Besturmt beim Bergwand' oder Zwieback — no' und heut? Mit'n Leiter Heitern und Kubel hup'n is aus — muß froh sein, daß er beim Doktor als Schreiber sein Brot find't.“  
„Da is er sich aber selbst v'ran schuld! Er hätt' damals mit in den Prater geh'n sollen.“  
„Freilich, freilich!“ höhnt Anton, „dös hab' ich mir selbst g'macht, aus reinem Mäßer.“  
„Und wenn er nit aus der Kochgass'n h'naus g'gangen wär“, großt der Alte weiter, „so wär a Siegel vom Dach g'fallen und hätt' ihm'n Deckel geb'n. G'wis, ganz g'wis! Tausend Leut' kan h'munter in'n Prater zur Versammlung, tausend Leut' hat die Polizei vor sich herg'trieben, und a'rad der Anton hat unter's Pferd kommen müssen, und a'rad is'n hat's so zug'richt't! Weist warum? Weil er a' Füllinger is! Dös is d'r Wig! Dös is d'r Wig!“  
„Ach geh“, ruft die Frau zurück, „Du vergiß't a jede Freud! Und, und... weist, grad, wenn der Durgott zuerst viel Unglück über einen g'schickt hat, dann schickt er ihm's Glück ins Haus!“  
„Der Alte und die Köstlin und armit nach dem Gute.“  
„I hab' mir dageg'n, wenn's wahr is.“  
„Ah, Du bist halt all'weil a alt's Brummeisen!“ ährt sie. Die Türe zum Hinterzimmer öffnet sich. Pepi und Gabi eilen herbei. Pepi, nur halb angekleidet, die Zeitung in der Hand.  
„Gut'n Morgen alle miteinander!“ ruft sie. „Mutter, Vater, habt's g'lesen? 's Reht schon drinn!“  
„Wir haben's g'lesen!“ gibt die Mutter zurück. „No, gut g'schlafen auf die Plog?“  
„Na, und wie!“  
„I geh!“ sagt Füllinger und setzt den Hut auf.  
„Küß die Hand, Vater! Küß die Hand!“ und die zwei Mädchen drängen sich an den... ten zum Kusse heran.  
„Gut, Pepel, i sag Dir nur das Eine: bleib' g'scheit!“  
„Aber Vater!“  
„Bist — ich mach' Dir la Predigt, halt Du mir auch keine! Lassen mit's gut sein! Servus! Grüß Di Gott, Alte.“

„Servus, Martin!“  
„Aber, Vater!“  
„Servus Anton! Servus Gabi!“ und Füllinger geht zur Türe hinaus.  
„Jessa's Mutter“ ruft Pepi. „Ich muß mich ja angieh'n — ich muß in's G'schäft.“  
„Mir!“ sagt die Alte. „Dert' wird nit in's G'schäft g'gangen! Dert' wird Feiertag g'macht!“  
„Du bleibst a' Haus.“  
„Aber, Mutter, dös geht doch nit...“  
„Alles geht! Dert' Dir, daß D' kramt bist! Die Gabi lauft zu Deiner Frau hin und sog', daß Du heut zu mäd' bist — mein Gott, dös wird sie doch einseh'n, und sie soll heut' 's Fräul'n Tochter in's G'schäft schicken. Gabi lauft hin!“  
„Ja, Pepel, Du bleibst heut' a' Haus, dös is g'scheit! Dös is g'scheit! — I geh's der Frau sag'n!“  
„Und wie ein Widelwind ist sie zur Türe hinaus.“  
„Na, i soll' doch ins G'schäft...“  
„I' Haus bleibst heut', Pepel!“  
„Na, weist — sie laßt...“  
„Eigentlich paßt's mir ganz aut! Weist, wann heut' alle die Leut' g'kommen — na, meinet Seel'. I sch'mir nit vor d' Leut'! 's kommt mir so spähig vor. I — 'n Schönheitspreis! Ich glaub's allemal no' nit!“  
„Da halt's schwarz auf weiß“, erwidert die Mutter und zeigt auf die Zeitung.  
„No ja — aber spähig is mir's doch.“  
„A Glück is 's für Dich, Mädel!“  
„Oh, Mutter, hast schon 'n Vater seine Red' vergessen?“ fragt Anton vom Sofa her.  
„Ah, Du bist auch so a Brummeisen! Komm' Pepi, geh'n mit'r Kaffe' lochen!“  
„Sie gehen in die Küche hinaus.“

## II.

Frau Füllinger tritt an den Ofen.  
„Na, dös is aber g'scheit von der Gabi, daß sie's Wasser vom Loch wegg'stellt hat! Dös Mädel macht sich! Na, alsdann jetzt lassen mir's wieder stehen. Pepel, höst, nimm Dir an Sessel hier und set' Di nieder. I hab' mit Dir was g'reden.“  
Während die Mutter den Topf dicht über die Flamme stellt, den Kaffee in die Mühle tut und alles bereit macht, läßt sich Pepi auf den Stuhl beim Ofen nieder. Die stille innerliche Vergnügenheit spiegelt sich auf dem Gesicht. Aber ihre Freude ist anders, als jene der Mutter. Man sieht, daß das Erlebnis, der Preis, ihr nur „Späh“ macht, die Freude hat etwas Darniederes an sich. Sie lächert nur — die Mutter aber lacht stolz, triumphierend.  
„Alsdann Pepi“, beginnt Frau Füllinger, sich vor die Tochter hinsetzend und ährt die Kaffee geruchend. „Jetzt werd'n mir a g'scheit's Mädel' niteinander red'n. Aber Benzl, Du mußt mit

d' Wahrheit sagen — dert, nur la Lug' nüt. Und weist, Deiner Mutte laufft alles sag'n — 's is besser, i weist, wie d' Sach' wirklich isht. Also nur la falsches G'schäm nüt, Pepel! Galt gehd'!“  
„Aber ja, Mutter!“  
„Alsdann hör' mich an. Jetzt sagst für Dich a neues Red'n an. Du mußt versta'n. Die heut' wärst d'r Niemand, la Rag hat sich um Dich g'kümmert, — aber jetzt bist wer! Schau Mädel, von heut' an mußt aw' Dich was halten, — a'scheit mußt sein, g'scheit! Dann machst Dein Glück! Du hast's jetzt in der Hand.“  
Pepi preßt die Hand fest zusammen und lacht.  
„Sieht, Mutter, so werd' ich's halten. Ich laß' es nit aus!“  
Frau Füllinger lacht.  
„Du bist doch noch a verruck't's G'schäft! Na, Pepel, die Sach' is er a. Schau, i hab' Dir g'sagt, Du mußt jetzt a andere werb'n — siehst, und da mußt ich halt auch wüsten — wie Du bist. Versta'n' mich recht, Pepel. Ich werd' Dir la Vorwärt' machen — was g'schehen is, is g'schehen! Mein Gott, i hab' ja la Koffertram aus Dir machen wollen — so hab' ich Dich ja nit g'halten! Man weist ja, wie's zugeht. Alsdann höst, — Vorwärt' mach ich Dir lane, wenn's nit so is, wie ich's mir wünsch'. Sag' mir die Wahrheit, Pepel, halt Dich bis heut' g'halten?“  
Pepi verzieht gekränkt die Lippen:  
„Aber Mutter...“  
„Pepel, Pepel! Dös darff's nit mit übel nehmen! I will nur wissen, wie's isht! Schau, i weist ja, daß Du a halb's Jahr mit 'n Gruber Fred' g'gangen bist. Dös is aus — dös nimmt — dös weist i — aber, aber, aber... sag' mir — 's macht mir, wenn's g'schehen is — aber sag' mir: is was vorgefall'n zwischen Euch? Ich weist ganz aut, wann d' Schlingel a End' machen. Sag' mir: hat er erzeiht, was er g'wollt hat? Schau Di nit, Pepel, schäm Di nit!“  
Pepi wird ernst.  
„Na, Mutter, meiner Seel' nit! Meiner Seel' nit! Zwischen uns is nit vorgefallen, als damals das mit'n Pferd.“  
„Und deshalb seid's aneinander g'gangen?“  
„Ja, weist, mir san spazieren g'gangen, und da is 's Pferd g'kürz't. Na, i sag' Dir — dös war graulich, wie dös arme Vieh dort a'legen is, und sie's nitamer auf die Füß' gebraht hab'n — und da hat er g'lacht. Und sieht, dös hat mich so g'freut, daß er so herrlich is, und ich hab' mir g'lagt, daß wir mit an Tier la Erbarmen hat, es auch nit...“  
„Mädelchen hat, und da hab' ich a Wort auf ihn g'fragt, und bin wegg'laufen und hab' mir mehr von ihm wissen wollen. Dös war alles — meiner Seel'!“

(Fortsetzung folgt.)

Ernen Straßburg war. Er heißt Kienbas und ist aus Bayern gebürtig.

Die Ausweisung deutscher Reichstagsabgeordneter, die in Frankreich zu ihrem Gefinnungsgenossen sprechen wollen, ist nichts Neues. Im Jahre 1805 wurden Nebel und Buch, die für elstische und französische Gesellen jenseits der Grenze hinter Karthago sprechen wollten, „für ewige Zeiten“ aus Frankreich ausgewiesen. Die Pariser Regierung handelt also nur konsequent, wenn sie jetzt auch die Kallation sterilerer deutscher Abgeordneter auf französischem Boden nicht duldet, und reichsständliche Waffensblätter, die einst der Ausweisung Nebel und Buchs jugelohli haben, sollten dies billigerweise anerkennen.

Allein davon sind diese Herrschaften weit entfernt. Sie verhehlen nicht, wie empfindlich sie dieser Schlag getroffen hat. Ein volles Menschenalter hindurch haben die Herren Nebel und Buch die deutsche Kultur im amnestierten Lande gebüht, und sie glaubten sich den Lauf der Republik ebenfalls verdient zu haben. Und nun greift — nicht die deutsche, nein die französische Regierung mit roher Hand hinein in den freundschaftlichen Verkehr, der zwischen den sterilen Schiffslein diesseits und jenseits der Vogesen besteht, und weist dem Seelenhirten brutal die Tür. Das ist bitter.

Es hat sich eben hüben und drüben so manches geändert. Drüben ist der Kulturkampf ausgebrochen, und die Regierung der Republik hat keine Lust, sich auf ihrem eigenen Boden von deutschen Reichstagsabgeordneten bekämpfen zu lassen. Herr Combes hält es in diesem Punkte mit Herrn v. Koller, der ein Esel zu sein glaubte, wenn er die gelehrten Beschlüsse nicht nach seinem privaten Geschmack handhaben würde. Und da Herr Desfor diesseits der Vogesen mit Herrn v. Koller einverstanden ist, wird er jenseits der Grenze auch Herrn Combes gelten lassen müssen. Und endlich ist die alte Liebe zwischen Franzosen und Amerikanern seit der Sonnenfäule des Herrn v. Koller in die Brüche gegangen. Man weiß drüben, daß die jüngere Generation des reichsständlichen Merus es inbrünstig mit Herrn v. Koller hält, und die französische Regierung hat darum jede Rücksicht auf die ungetreuen Franzosen aufzugeben.

Die also von Frankreich Brückstücken werden sich nunmehr um so enger an das deutsche Zentrum anschließen, um sich dort trösten zu lassen.

Die Budgetkommission des Reichstages genehmigte ohne wesentliche Debatte die Kapital Allgemeine Fonds- und Zentral-Vermögensverwaltung. In Abweisung des Beschlusses der Kommission über den Finanzplan von 1890, unter dem 1000000000 Mark mehr gefordert werden. Kolonialdirektor Dr. Schulze weist auf die Notwendigkeit der Vermehrung des Personalstandes zum Zwecke des Studiums der kolonialen Verhältnisse im Ausland, besonders in Paris und London, hin. Herr (Hr.) und Siedelmann (Soy.) sprechen sich gegen die Veranschlagung von 1000000 Mark für die Aufnahme für 1891, wenn dadurch eine billigere Verwaltung der Kolonien erreicht werde. Grafand verteilte keine Kolonien Lebensmittel. Die letzte Bekanntmachung des Kolonialdirektors, Kolonialattachés in Paris und London seien erforderlich, um sich über die fremden Kolonialverwaltungen zu orientieren. Müller-Sapan (Hr.) beantragt vollständige Erhöhung des Titels Kommissionsstellen. Die Nationaldirektoren Raabe, Orloff und Siedelmann schlossen sich dem Antrag an. Im Laufe der Debatte traten Raabe, Orloff, Sapan (Hr.) und v. Richtbofen-Darisdorf (Hr.) die Kolonialverwaltung gegen Verhinderung, da von dem geforderten 1000000000 Mark nur ein geringer Teil für Kommissionsstellen, der größte Teil für Kolonialattachés verwendet werden solle. Singer (Soy.) und Nebel (Soy.) schlossen sich den Ausführungen an. Der Kolonialdirektor führt aus, eine Verhinderung sei nicht beabsichtigt, es handle sich nur um formale Genehmigung von Attachés. Die heutige Besetzung sollte eben entscheiden, ob aus den Kommissionen eine definitive Entscheidung werden sollte. Die Kommission lehnt schließlich einstimmig den ganzen Posten Kommissionsstellen ab.

Die Sachverständigen-Kommission zur Vorberatung einer Reform der Staatsprozedur hat am 19. Januar wieder zusammengetreten. Ueber die Frage der Einführung der Verfassung und größerer Verordnungen des Reichstages in der Reichsverfassung wird die Kommission voraussichtlich erst im April oder Mai verhandeln.

In Sachen der Wurmkrankheit will der Handelsminister Müller eine weitere Konferenz der Landwirtschafte zu Opatz nach Berlin berufen.

In dem neuen Serbisch-Deutschen Vertrag werden, wie der „Post-Zeit.“ berichtet, Posen, Pommern und die Provinz Posen überliefert, Deutsch-Bilmerdorf, Kirdorf und Schindler aus Klasse I in die Klasse A versetzt. — Das bedeutet für die Staatsrenten höhere Gehalts- und Wohnungszuschüsse und es wird sich der Dienstverhältnisse, daß in diesen Orten die Lebensverhältnisse besonders teuer ist. Wenn die Arbeiter Lohnforderungen verlangen, erkennt man das nicht an.

Zur Reichstagswahl in Schwabach-Schmalzthalen hat die Freisinnige Volkspartei Herrn Volkshausbesitzer Otto Kretzer in Berlin als Kandidaten aufgestellt, also nicht Herrn Kaufmann Wagner.

Zur Umsatzsteuer hat die „Germania“ fünf Artikel gebracht, welche vom Standpunkt des wahren Anreizs und des Fortschritts eine Kritik gegen den Reichs-Abgabenminister. Nach Abschluß dieser Artikelserie erklärt die Redaktion der „Germania“, daß ihre die Kritik von sehr gelehrter parteipolitischer Seite zur Bekämpfung der Steuer werden seien. Sie habe die Artikel zum Abdruck gebracht, weil sie eine Stelle höchsten Materials enthalten, woraus sich die Redaktion nicht in allen Punkten mit dem Verfasser einer Meinung sei, vielmehr prinzipiell einer positiven Lösung der Kanalarfrage nach wie vor sympathisch gegenüberstehe.

Der „Reichs-Anzeiger“ beginnt eine Serie von Artikeln zur Kanalarfrage als „Entwertung auf die Kanalarfrage der „Germania“. In der Einleitung des ersten Artikels wird angegeben, daß der Verfasser der „Germania“-Artikel früher den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen und den Rhein-Abzug für unbedingt erforderlich erachtet habe. Zweifellos ist auch jetzt noch der erste Standpunkt der Verfassers der richtige. Das Zentrum besteht doch in allen Fragen hin und her.

Die sozialdemokratische Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung in Wallerstein (Rohr-Gebiet) hat die Besetzung des Bürgerbüros von 100 auf 500 beschlossen. Der Stadtrat aber hat diesen Beschluß als ungesetzlich beanstandet und die Entscheidung des Staatsanwalteramt eingeholt.

Über die Steuerreform hat sich nach dem „Loh-Lager“ der Finanzminister für das Verbot von Steuern in neuer Sitzung am Mittwoch ausgesprochen. Es wird in dem Beschluß erklärt, daß der Steuerreform Bedenken in keiner Weise entgegenzusetzen sind und daß die Reform auch zweifellos ist. Nur hätte man es zur Zeit für unvorsichtig gehalten, die Gelehrten anzufragen für die Steuerreform zu betreiben.

Seine Stadtverordneten-Versammlung niedergelegt hat, dem „Loh-Lager“ zufolge, aus Gesundheitsrücksichten der Sozialdemo-

kratische Stadtverordnete Dr. med. Ernst Freudenberg in Berlin.

Dr. Freudenberg will fortan in Köln seinen Wohnsitz nehmen.

In Wien — wo angeblich Repetier in das Wasser für seinen Namen zu haben — sollen einige Worte mehrere Dutzend Aufgehender haben, wie die „Nationalzeit.“ berichtet, zwischen Offizieren. Es soll sich um die Wahrung der Familienehre eines der Beteiligten handeln.

Repetier „Raffentrick“. Nach einer Meldung aus Danzig wurde der Offizier, Unteroffizier und Mannschaften der Garnison der Festung von Repetier „Raffentrick“ verbannt. — In Frankfurt a. M. soll sich, wie berichtet, der Graf des XVIII. Regiments an dem Intendanten des Stadttheaters mit dem Grafen gewandt haben. Repetier „Raffentrick“ vom Repetier abgehoben. Der Intendant soll dies unter Darlegung der Gründe, die ihn dazu zwingen, abgelehnt haben.

Die Konstitution der Zentrumsmehrheit des „Einflusskreises“ wird von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages zum Gegenstand einer Interpellation gemacht, die bereits am Mittwoch zur Beratung stand. Die Angelegenheit erregt in München großes Aufsehen. Man vermutet, daß die Reichsstände nur durch Vertrauensbruch in den vorerwähnten Kreis der noch nicht veröffentlichten Nummer gelangt ist. Dabei ist die ganze Münchener Auflage, ca. 12000 Exemplare, der Reichsstände durch die Polizei durchsucht und teilweise von Hand an Hand. Tatsächlich soll der Reichstags-Nummer für das Zentrum sehr unangenehm sein, weil sie die inneren Wahrheitsverhältnisse der Partei vorzüglich zeigt, aber sarkastisch auf die Durchführung der Konstitutionsänderung hinweist. Der Münchener Korrespondent der „B. Ztg.“ unterrichtet über den Inhalt folgendes mit: „Die Interpellation ist von Wilhelm Schall, der Reichstags-Abgeordneter, her den christlichen Reichstags-Abgeordneten, ihm sind die Worte in den Mund gesetzt: „Und die heiligen sich heute meine Jünger.“ Erklärung II. Zwei bayerische Minister von Graf Sulzbach in der Vorbereitung eines Zentrumsmehrheits-Entschlusses: „Ueber die sarkastische Erklärung von Abraham a Santa Clara II., es ist vielleicht das Beste, was Ludwig Thoma jemals geschrieben hat.“

Die Reichstags-Debatte der Reichstags-Abgeordneten. Wie die „Post-Zeit.“ und „Friedensblätter“ berichten, finden darüber, welche Stellung die Reichstags-Abgeordneten der Zentrum-Interpellation wegen der Reichstags-Debatte der Reichstags-Abgeordneten einnehmen wird, noch Verhandlungen mit den einschläglichen Regierungsorganen statt. Bei der Beratung des Reichstags-Beschlusses wurde die Frage der Reichstags-Debatte der Reichstags-Abgeordneten als eine solche aufgeschoben, weil über sie aus politischen Gesichtspunkten zu befinden sei. Im Bundesrat glaubt man annehmen zu können, die Stellung der verbündeten Reichstags-Abgeordneten werde jetzt in der Frage der Reichstags-Debatte der Reichstags-Abgeordneten gemäß den Wünschen der Reichstags-Abgeordneten und namentlich des Reichstags-Abgeordneten ziemlich weit entgegenkommen.

Die Weltneuigkeiten in St. Louis wird von Arbeitern und Bauarbeitern nicht beachtet werden können, da Staatsanwalter-Adjunkten für solche Zwecke nicht in Aussicht genommen sind. Wie kürzlich im hiesigen Landtag mitgeteilt wurde, beschlagnahmte das Reich die Einzelstaaten und Reichsstände an Anstalten zur Verhinderung der Beschädigung zu gewähren; in Baden werden außer einem Reichsstande 400000 Mark dafür angewendet. Die Kosten des Reichsstandes werden im Laufe des Jahres 1891 voraussichtlich 2000000000 Mark betragen, was sich darauf beschränken, einzelne Staatsbeamte, Ingenieure, Professoren u. auf Kosten ihres vorgesetzten Ministeriums nach St. Louis zu senden. Trotz der erheblichen Kosten wäre natürlich eine umfangreiche Delegation von Arbeitern und Gewerbetreibenden möglich, wenn man die futurwürdigen Ausgaben einschränken und das Geld für solche wichtige Zwecke verwenden wollte.

### Ausland.

Die politischen Vorgänge der letzten Zeit begannen der russischen Regierung unangenehm zu werden, denn trotz Unhöflichkeit der Verhandlungen drangen Nachrichten über diese doch in die entferntesten Winkel des Reichs und weit über die Grenzen des russischen Staats hinaus. Die Reden der Anwesenden und ihrer Verteidiger schallten durch die beschlossenen Fenster des Reichstags auf die Straße hinaus und trugen zu der allgemeinen Irritation sehr wesentlich bei. Die Reden der Reichstags-Abgeordneten, die Reichstags-Abgeordneten der bekannten russischen Anstalten vor den Reichstags-Abgeordneten in Rischikow, Odesa, Nischni-Novgorod und anderen Städten bilden die besten Flugblätter der revolutionären Massensliteratur. Die Regierung scheint nunmehr beschloffen zu haben, gegen die Anstalten in den politischen Prozessen Repressivmaßnahmen zu ergreifen. In Ufa wurden zwei Anstalten, die heimlich den wegen des Ervits in vorigen Frühjahr angefallenen Arbeitern der Stationer Waffenfabriken ihre Unterthünungen angeboten hatten, wegen Verdachts der Sympathie für die revolutionäre Bewegung verhaftet und nach einem entsetzten Government im Norden verbannt. Die Regierung noch ist das Vorhaben des Reichstags-Abgeordneten, den in Rischikow wohnenden Reichstags-Abgeordneten Solowow, der in dem Prozeß durch sein mutvolles Auftreten sehr viel zu der Aufklärung der wirtlichen Schuldigen an den Greueln beigetragen hat. Bleibe will sich nun rächen und er bezieht es auf dem Reichstags-Abgeordneten. In der Nacht vom 22. auf den 23. Dezember wurde Solowow auf ein Telegramm von Reichstags-Abgeordneten verhaftet. Man glaubt, daß er seinen Kollegen in Ufa wird folgen müssen. Ein anderer üblicher Fall hat sich auch in Petersburg ereignet, wo der bekannte Reichstags-Abgeordnete in mehreren politischen Prozessen der letzten Monate, H. A. Hostenstein, furchtbar dieser Tage auf sich selbst Jahre nach dem Government Dologel verhaftet worden ist. Hostenstein hatte auf dem Fallabend der Studenten der Technologischen Anstalt eine Rede über die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeiter gehalten, was Bleibe den Vorwand gab, gegen ihn einzuschreiten und Rache zu üben. Die Meinung ist verbreitet, daß Bleibe gegen die Anstalten, die durch ihre Reden in den Ruf gekommen sind, Freunde der Opposition zu sein, auf gleiche Art und Weise vorgehen wird.

### Partei-Angelegenheiten.

Als den Organisationen. Der Sozialdemokratische Verein Wandersberg gewann im abgelaufenen Jahre einen Mitgliederzuwachs von 600, der letzte Mitgliederbestand betrug sich auf 1690. Die Jahresrechnung betrug einschließlich eines Restbestandes von 2912 Mark 11,069 Mk., die Ausgabe 8887 Mk.

### Arbeiterbewegung.

Die Gewerbebetriebswahl in Ulm wurde zum ersten Mal nach dem Verportionalstem vorgenommen. Es wurden 997 Stimmabgaben, davon entfielen auf die freien Gewerkschaften 649, auf die Reichs-Deutschen Gewerkschaften 207 und auf die vereinigten christlichen Vereine 28. Die freien Gewerkschaften erzielten 7, die Reichs-Deutschen 2 und die christlichen Vereine 3 Beisitzer. Wenn man das Ergebnis der Wahl betrachtet, ist es nicht schwer zu begreifen, weshalb in Ulm das Verportionalstem eingeführt wurde.

Den Vorstand des Arbeiter-Vereins für das Gewerbe soll Genosse Reimer in Dornow, Redaktor eines dortigen Parteiblattes, beabsichtigt haben. Er hatte die Darstellungen dieser Herren über einen Streit mit den dortigen organisierten Gewerkschaften mit scharfen Ausdrücken kritisiert, und obwohl vor Gericht vorgewiesen wurde, daß die kritisierte Darstellung der beteiligten Personen tatsächlich in wesentlichen Punkten Unrichtiges enthielt, wurde Reimer doch wegen formaler Verlesung zu 150 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Anklage war von der Staatsanwaltschaft erhoben worden.

### Grümmiffbau.

Einmal abgesehen in hoch ansehnliche Preise wie der alte Geheimrat Schömer, der preitellos aus besser Hebergemung und aus eigener Anschauung sein Urteil über Grümmiffbau gefällt und den Unternehmern dabei unbedingt einige wohlverdiente, ihnen mancherlei Wahrheiten sagen mußte, werden von der Unternehmer-Versammlung wie folgt beschimpft:

„Einmal aber sozialpolitischen Konfessionskräfte standen auch in dem Gewerbebetriebsbetriebe diejenige Instanz erblickt zu müssen, die zur Schlichtung der hiesigen Wirren berufen sei, obwohl sie sich doch kaum sonnen, daß dieser Rat höchstens beim Abschluß der Differenzen unter der Voraussetzung einwirken für sich gehabt hätte, daß die Arbeiter irgend welche Forderung geriat hätten, die gegen ihre Forderungen erhöhten Einwendungen der Fabrikanten zu berücksichtigen.“

Es war Schömer, der das Eingreifen des Gewerbebetriebs erfordert hatte und darauf hinwies, daß dessen gesetzliche Aufgabe vollständig anzuwenden, die Arbeiter zu Verhandlungen oder wenigstens zum Erscheinen vor dem Gewerbebetriebs zu zwingen.

### Lokales und Provinzielles.

Dresden, den 16. Januar.

### Dresdener Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung ging es recht lebhaft zu. Es gab einige Redekämpfe, die an Aufgeregtheit nichts zu wünschen übrig ließen. Zunächst war es die bürgerliche, „gefinnungsvolle Opposition“, die durch die konservativen Stadtverordneten Rat sch, Schild, Suchantke und den ehemaligen Schnapsbrenner Führmann eine große Aktion zu Gunsten der Grundbesitzer an der Mehlstraße einleitete. Einmal wollte man den Grundbesitzern beileibe nicht ein Stück Land abnehmen, zum andern aber wollte man den Namen Mehlstraße in einen andern umgewandelt haben. Demgegenüber gab sich der Oberbürgermeister, Herr Stadtrat Mühl und einige liberale Stadtverordnete große Mühe, den Namen „Gasse“ zu verteidigen gegen das aus dem Italienischen kommende „Straße“. Bei der Abstimmung konservativ jedoch der Vorliegen, daß der Ausschussentwurf der konservativen Wünsche enthielt, angenommen sei. Also ein neuer Sieg der Reaktion!

Der Sparjamkeit, die Herr Schürmann und andere kürzlich unter dem Beifall der gesamten Stadtverordneten empfohlen hatte, stellte Genosse Schütz eine unangenehme Probe. Er beantragte nämlich, die vom Magistrat empfohlene Beschaffung einer Kirchenglocke für die neue Erlöserkirche aus Sparjamkeitsgründen abzulehnen. Natürlich paßte solche Sparjamkeit den Herren wenig in den Humus und sie bewilligten allen Sparjamkeitstheorien zum Trotz die geforderten 2200 Mark gegen die Stimme unseres Genossen.

Eine weitere, lebhafte und der Mehrheit augenscheinlich sehr unangenehme Debatte rief unser Genosse Schütz bei Gelegenheit der erneuten Beratung des Ortsstatuts für das Gewerbebetriebs hervor. Bekanntlich sieht dieses Statut einige Verbesserungen — so die dreijährige Amtsdauer der Beisitzer und die Verminderung ihrer Zahl — vor. Dagegen bekennt die Publikation der Mehlstraße z. nur im Gemeindeflat und an den Anschlagtafeln eine Verschlechterung der jetzigen Verhältnisse. Deswegen hatte unser Genosse Schütz für den Ausschuss den Antrag gestellt, an geeigneter Stelle im Statut hinzuzufügen, daß die amtlichen Publikationen auch in den Tageszeitungen vorgenommen werden. Im Anschluß an diesen Antrag, den Genosse Schütz wiederholte, gab es dann eine lange Erörterung über die sozialpolitische Tätigkeit unseres Gewerbebetriebs.

Genosse Schütz führte aus:

Der Ausschuss hat meine Anträge, eine zweimonatliche Publikation im Ortsstatut vorzusehen, einstimmig abgelehnt. Wie unangenehm die Bekanntmachung ist, habe ich Ihnen an einem konkreten Fall, an der Landtagswahl nachgewiesen. Das Gemeindeflat erscheint nun einmal unter Ausschluß der Öffentlichkeit, und die Plakate sind die Hälfte des Jahres auch fast wertlos. Ich bin nicht Optimist genug, um zu glauben, daß es dem Magistrat gelingen wird, den hiesigen Arbeitern die Notwendigkeit eines Abonnement auf das Gemeindeflat planmäßig zu machen. Es bleibt dabei, die in Dresden als „ortshilflich“ bezeichnete und beliebte Art der Bekanntmachungen raubt weiten Kreisen der Bevölkerung die Möglichkeit, sich rechtzeitig informieren zu können. Ich bitte Sie daher, meine Anträge anzunehmen.

Bei dieser Gelegenheit gestatten Sie mir, eine andere Frage anzuschneiden. Der Herr Vorsitzende des hiesigen Gewerbebetriebs hat dem Beispiel anderer Städte folgend den § 31 des Gewerbebetriebsgesetzes in einer Weise angelegt, die eine scharfe Kritik heraufbeschwört. Der Verbandsbeirat des Gewerbebetriebs und Wibera ist das Vertreten vor dem Gewerbebetriebs unterlag worden. Der Herr Vorsitzende motiviert das Verbot damit, daß die Gemeindeflat den Vertreten vor Gericht „geschäftsmäßig“ betreiben, dies aber nach § 31 dieses Gesetzes unzulässig sei. Die Verbandsbeiräte sind aber in Wirklichkeit die geeigneten Personen, Vertretungen zu übernehmen, denn sehr oft muß ein Arbeiter, nachdem er eine Klage vor dem Gewerbebetriebs angehängt hat, den Ort verlassen. Hauptächlich bei den Schiffen trifft dies zu, diesen dürfte es oft unmöglich sein, einen geeigneten Vertreter zu finden. Es ist außerordentlich nahelegend, daß in solchem Falle der Verbandsbeirat, der das Vertrauen seiner Mitglieder genießt, mit der Vertretung betraut wird. Nach der fallischen Volksliste vom Jahre 1881, die von den Herren doch sonst immer zitiert wird, sollen die sozialen Gesetze im humanen Sinne aufgefassen und ausgeführt werden. Es ist allerdings nicht Neues, daß junge Menschen, die Karriere machen wollen, bei der Ausführung der Gesetze mit außerordentlicher „Schneidigkeit“ vorgehen und den armen Arbeitern das Leben schwer machen. Ich habe das Empfinden, daß mit dieser Auslegung dem § 31 Gewalt angetan wurde. Die Kommission, der im Reichstags der Entwurf des Gewerbebetriebsgesetzes im Jahre 1900 zur Vorberatung übergeben wurde, hat den § 46 der Regierungsvorlage, der die Vertretung von Verbandsbeiräten zuließ, gestrichelt und an seine Stelle den jetzigen § 31 gesetzt, der die Vertretung durch Rechtsanwälte und Rechtskonsultanten verbietet. Ich gebe zu, daß die Fassung dieses Paragraphen nicht ganz glücklich gewählt ist. Die Kommission gab aber von dem Standpunkt aus, daß durch die Zulassung von Rechtsanwälten und Rechtskonsultanten das Verfahren verteuert und unnötig verkompliziert wird. Nur aus diesem Grunde sollten die vorgenannten Personen von der Vertretung ausgeschlossen sein. Die Auffassung des Verbands „geschäftsmäßig“ durch den Herrn Vorsitzenden ist meines Erachtens unhaltbar. Gelegenlich hat der Herr Staatssekretär Graf Posadowsky sich im Reichstags über den Unterschied zwischen „geschäftsmäßig“ und „gewerbmäßig“ geäußert. Er sagte unter anderem:

Wenn jemand schuldlos und humanitär und sozialpolitischen Gründen solche Ausweisung erteilt, mit er nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung...

Die Berufung, Simon auf seinen Fall abzutragen, ist, daß der Vorsitzende im Unrecht ist, wenn er die Verhandlungsbeamten als Parteivertreter ansieht. Jede geschäftsmäßige oder gewerbemäßige Tätigkeit ist auf den Erwerb gerichteter Tätigkeit...

Aber noch eine weitere Beschwerde ist nicht unangebracht. Dargestellt ist es hier vornehmlich, daß ein Arbeiter, der auf Veranlassung der einen Partei vor dem Gewerbegericht...

Stadttrat haben sein erklärte demgegenüber, daß am 10. des Monats festgestellt worden sei, generell die Zulassung der Gewerbebeamten als Vertreter zu genehmigen. Er habe im Sinne des § 84...

Stadtverordneter Simon vertritt die Ansicht, daß durch die gewerbemäßige Vertretung durch Gewerkschaftsbeamte der Zweck der Gewerbeordnung, nämlich eine Verhinderung...

Herr Simon blieb selbstverständlich den Beweis schuldig, daß die Gewerkschaftler zur Verhinderung der Arbeiter da seien. Dieser Vorwurf nimmt sich bei dem Liberalen Herrn...

Stadt. Heim ist der Ansicht, daß es bedauerlich wäre, wenn die Verhandlungsbeamten durch eine Verfügung zurückgewiesen würden.

Oberbürgermeister Dr. Bender erklärt, daß bei derartigen Fällen die Beschwerde bei der zuständigen Instanz, und nicht bei der Stadtverordneten-Versammlung, der richtige Weg sei.

Stadt. Ollendorff empfiehlt dem Magistrat, an Stelle des Antrags Schütz den Verzicht auf die Verhaftung der Wahlhelfer gegen Entschädigung zu lassen. Die Kritik über das Verhalten des Gewerbegerichtsvorsitzenden sei berechtigt, da es sich hier nicht um eine richterliche Entscheidung...

Genosse Schütz, wie die Einwendungen der verschiedenen Herren wirkungslos zurück:

Ich stimme Herrn Stadtrat Hadenstein zu, daß eine generelle Anordnung, daß diese oder jene Person zur Vertretung zugelassen sei, unangelegentlich sei. Hier handelt es sich aber darum, daß man zwei Personen verboten hat, als Parteivertreter zu erscheinen. Dem Herrn Oberbürgermeister will ich nur bemerken, daß die Verhandlungsbeamten nicht zu dem Zwecke anwesend sind, vor dem Gewerbegericht zu vertreten. Sie haben andere zu tun und übernehmen die Vertretung nur gelegentlich. Mit Herrn Simon mich über berechtigte oder unberechtigte Forderungen der Arbeiter zu unterhalten, halte ich für überflüssig, in dieser Beziehung werden wir nie übereinstimmen. Nur über eins möchte ich mich. Herr Simon, der im politischen Leben eine Rolle spielt, sollte wissen, aus welchen Gründen die Sozialdemokraten feindselig gegen die Arbeiterschaft gekämpft haben. Eine solche Unwissenheit hätte ich nicht erwartet, umso weniger, als erst im letzten Wahlkampf die Frage eine große Rolle gespielt hat. Ich will es Ihnen aber lassen: Weil Ihre Parteifreunde die Verbesserungs-Vorschläge der Sozialdemokraten abgelehnt haben, und diese der Meinung waren, daß das Gebotene zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sei. Deshalb haben die Sozialdemokraten gegen die ersten „sozialen“ Gesetze gekämpft.

Der Herr Oberbürgermeister gab sich aber noch nicht zufrieden. Er meinte, daß die Fälle einzeln zu behandeln seien, daß er als Gewerbeichter Beamte, die für die Vertretung vor dem Gewerbegericht angestellt seien, auch zurückweisen, dagegen ehrenamtliche Sekretäre anerkennen würde. Im übrigen wunderte er sich darüber, daß auch die Herren Heilberg und Ollendorff dem Stadtr. Schütz Recht gäben. Demgegenüber wies Herr Ollendorff mit aller Würde die Schärfe der Angriffe des (freisinnigen) D. Heib.) Stadtoberhauptes auf die parlamentarische Befugnis der Stadtverordneten zurück.

Bei der Abstimmung wurde der Abänderungsantrag des Genossen Schütz abgelehnt, das neue Ortsstatut aber im ganzen angenommen. In einer persönlichen Bemerkung behauptete Herr Simon noch, daß die Sozialdemokratie alles um der Agitation willen tue!

Um der Agitation willen stellte derselbe Herr aber mit einer Anzahl anderer Stadtverordneten einen Dringlichkeitsantrag, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung die Verweisung Breslaus in die Serboklasse A zu beantragen. Dieser Antrag...

gegen den wir an sich nichts einzuwenden haben — in natürlich lediglich gestellt worden, um die Beamten für die Liberalen einzufangen, die bei der Landtagswahl so maßlos in den Konfessions übergegangen sind. Inzwischen ist der angenommene Antrag illusorisch geworden, denn in der Regierungsvorlage ist Breslau bereits in die Serboklasse A aufgenommen und so wird den Beamten ein höheres Wohnungsgeld zuteil werden.

Zum Schluß interpellierte Herr Mugdan über die Stellung des Magistrats zum Scherl'schen Spar-System. Der Magistrat teilte mit, daß er bei der Staatsregierung schon um Ablehnung dieses Vorschlages vorstellig geworden sei. — Einige kleinere Vorlagen wurden noch debattiert genehmigt.

Arbeitswilligenschein in Oberschlesien. Beim Deutscher Maurerstreik, der im vergangenen Sommer stattfand, soll der Maurer Josef Scholz eines Tages in Begleitung einer Anzahl anderer streikender Maurer auf einem Bau arbeitende Kollegen, insbesondere den Maurerpolier, durch Drohungen zur Arbeitseinstellung veranlaßt haben. Scholz hatte sich deshalb vor dem Schöffengericht in Beuthen zu verantworten. Der angeklagte bedrohte Maurerpolier ist nicht mehr in Beuthen. Die Verlesung seiner kommissarischen Aussage ergab, daß er selbst sich gar nicht für bedroht hielt, sondern die unter Anklage stehende Meuserung: „W. n. Ihr nicht kündigt zu arbeiten, kommt Euch der Teufel auf den Kopf“, als eine Warnung aufzufassen. Auch konnte der Bedrohte nicht sagen, ob diese Meuserung, die aus dem Munde der Leute ertönte, wirklich von Scholz gekommen sei. Ein jugendlicher Handlanger hat gehört, daß Scholz sagte, man werde sich die Wohnung der Arbeitenden aussuchen und ihnen dann auf den Schädel kommen. Scholz wußte, wie er bei seiner Vernehmung erklärte, zunächst von der ganzen Sache nichts, erklärte nach den Zeugenaussagen jedoch, daß er sich nunmehr des Vorfalls erinnere — er hat schon in sieben oder acht ähnlichen Sachen nach dem Maurerstreik Projekte gehabt — bestritt jedoch entschieden jede Drohung der Arbeitwilligen. Als der Vorsitzende infolge dieser Erklärung sich veranlaßt sah, Scholz als einen merkwürdigen Menschen zu bezeichnen, dessen Wahrheitsliebe wohl nicht groß sei, erwiderte Scholz: „Ich glaube doch“, worauf ihn der Vorsitzende mit sofortigem Einsperren bedrohte, wenn er sich noch einmal so unbedenklich benehme. Der Staatsanwalt beantragte wegen Verlesung gegen § 152 der Gewerbeordnung zwei Wochen Gefängnis, während der Verteidiger Rechtsanwalt Haerber-Beuthen die kostenlose Freisprechung beantragte. Das Schöffengericht zurückwies dann Scholz wegen Verlesung nach § 240 des Strafgesetzbuchs zu 3 Monaten Gefängnis.

Es erscheint uns ganz ausgeschlossen, daß dies Urteil in zweiter Instanz aufrecht erhalten werden kann.

Die Toleranz der Kirche. Ein Nachspiel zur Trauung des Angeordneten Korfany wird die österreichischen Blätter beschuldigen. Wie die Krakauer Blätter melden, strengte der Breslauer Bischof Dr. Kopp gegen den Pfarrer Mihalak von der Kreuzkirche in Krakau eine Klage an, weil dieser trotz des Verbots die Trauung des Reichstagsabgeordneten Korfany vorgenommen hat.

Für Feuerficherheit des Stadt-Theaters. Eine aus Vertretern der städtischen Baupolizeiverwaltung und der Feuerwehr bestehende Kommission hat gestern im Stadt-Theater eine Prüfung des eiserne Vorhanges vorgenommen, um festzustellen, ob derselbe durch Erregung des größtmöglichen Feuermittels in seiner Funktion in irgend einer Weise beeinträchtigt werden könnte. Es wurden zu diesem Zwecke sämtliche Türen, welche aus dem Zuschauerraum nach dem Bühnenbau aus ins Freie führen, geöffnet, ebenso die Entlüftungslappen über der Bühne, über dem Zuschauerraum und über den Treppentritten und endlich noch die großen Türen, welche von der Bühne auf den neu angebaute Balkon führen. Es ergab sich, daß der eiserne Vorhang hierbei völlig tadellos funktionierte. Rucksicht wurde von beiden Stellen, durch welche der eiserne Vorhang im Bühnenbau zu regulieren ist, der Versuch unternommen, sodann durch den Direktor von der Direktionsloge aus, in welcher sich ebenfalls eine Vorrichtung zum Sinken und Heben des eiserne Vorhanges befindet. Das Resultat war das gleiche. — Ähnliche Prüfungen der eiserne Vorhänge haben unter gleichen Voraussetzungen im Lobe-Theater und im Thalia-Theater stattgefunden. Auch in diesen Theatern wurde der Apparat als tadellos befunden.

Streifen, 14. Januar. Schwere Brandkatastrophe. In Klein-Lauden waren drei kleine Kinder der Dominikaner Schaffranek'schen Eheleute im Zimmer eingeschlossen worden. Die Kleinen spielten mit aus dem Dienstmädchen Feuer und kamen damit in der das jüngste Kind lag, zu nahe. Die Bettchen fingen Feuer und alle drei Kinder wurden, ehe Hilfe zur Stelle war, schwer verbrannt. Die beiden jüngsten Kinder im Alter von ein und drei Jahren starben, der „Schl. Volkswacht“ zufolge schon nach wenigen Stunden schwärzlichen Fiebers an den erlittenen Brandwunden. Das Feuer konnte gelöscht werden, bevor es größeren Schaden angerichtet hatte.

Reichsbach, 14. Januar. Wintergewitter. In vergangener Nacht wüthete im und am Eisenerbange ein überaus heftiger Sturm, der vielen Schaden angerichtet hat. Gegen Mitternacht wurde Donnerrollen vernommen.

Striegau, 10. Januar. Volksversammlung. Am Sonntag den 10. Januar fand in der „Bierquelle“ in Guben eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Feldmann einen Vortrag über den Klassenkampf in Crimmitschau hielt. Der zahlreiche Besuch der Versammlung legte Zeugnis ab, daß auch die Arbeiterschaft von Striegau und Umgebung regen Anteil an dem Kampfe nimmt. Eine Genosse Feldmann zum eigentlichen Thema überging, warf er einen kurzen Rückblick auf die verflochtenen Reichstagswahlen und meinte, daß wir mit dem Ausgange derselben in unserem Kreise zufrieden sein können. Troßdem von unseren Gegnern kein Mittel gelockt wurde, um uns zu belächeln, nahm unsere Stimmzahl um 2000 zu, während die Konservativen nur dieselben Stimmen aufbrachten wie 1893 und die Freiwillichen sogar zurückgingen. Zum Klassenkampf in Crimmitschau übergehend, erläuterte er, oft von Weisfall unterbrochen, das Entstehen, den Verlauf und den gegenwärtigen Stand des Kampfes und schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, die im Kampfe befindlichen Arbeiter nach Kräften zu unterstützen und sich Mann für Mann der gewerkschaftlichen sowie politischen Organisation anzuschließen.

Wahlverein. In dem am Sonntag Abend 6 Uhr abgehaltenen Versammlung des Wahlvereins gab der Kassierer zunächst den Kassenbericht vom 4. Quartale. Einnahme 92.44 Mk., Ausgabe 61.50 Mk., Bestand 40.94 Mk. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Genosse Vanda als Vorsitzender, Vanda als Kassierer wiedergewählt und D. H. als Schriftführer neu gewählt. Kreis...

Wenn jemand schuldlos und humanitär und sozialpolitischen Gründen solche Ausweisung erteilt, mit er nicht unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung...

14. Januar. Nach? Ein etwa zwei Wochen vor dem Beginn der Reichstagswahl auf Breslau...

15. Januar. Nach? Ein etwa zwei Wochen vor dem Beginn der Reichstagswahl auf Breslau...

18. Januar. Eine interessante Stadtverordnetenversammlung. Die am Dienstag, den 12. Januar, stattgefundene Stadtverordnetenversammlung gestaltete sich an einer der interessantesten, die wir hier je hatten. In derselben wurde auch die Verlesung der Reichstagswahl, wie die Behörden die Sozialdemokratie ganz fälschlicher Weise als Vorwand benutzten, um die Regierung scharf zu machen gegen etwaige Opposition der Vertreter der Bürgerschaft reaktionären Maßnahmen des Magistrats gegenüber.

Bei Einführung der neu gewählten Stadtverordneten stellte sich der Bürgermeister einige Einwendungen auf die Arbeit der verschiedenen, indem er hervorhob, daß es diesmal, Dank der Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien möglich geworden sei, den Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Diese Einmütigkeit und rege Beteiligung habe es ermöglicht, daß an Stelle einiger Steinmetzen und Tischlerstellen die gewählten Herren zum Vorschein kämen. Nur die Laubstich der Bürgermeisters habe es vor zwei Jahren verschuldet, daß die ersten 4 Sozialdemokraten selber eingezogen wären. Die offen hervorgeratene Nichtachtung des Bürgermeisters gegenüber Arbeiterkandidaten, läßt deutlich erkennen, welche Geisteshaltung Dungsau als Oberhaupt beschreiben ist. Der blinde Haß gegen die Arbeiterpartei, denn was ist es anderes, wenn der erste Beamte einer Kommune, die Wahl von Arbeitern im Stadtverordnetenrat bei einer so industrireichen Stadt wie Dungsau eventuell als ein Uebel darstellt, ging aber aus den folgenden Verhandlungen mit noch drastischer Deutlichkeit hervor.

Unter anderem stand auch wieder, und zwar zum dritten Male, die Änderung des Nachwachswesens (Anstellung von Nachwachswesen), welche schon zweimal abgelehnt war, zur Beratung. Nachdem wegen der neu eingetretenen Mitglieder die ganze Begründung dieser Vorlage nochmals verlesen war, gelangte auch der Bericht des Magistrats an den Regierungspräsidenten betreffs der zweiten Ablehnung des Stadtverordnetenkollegiums zur Verlesung.

Obwohl wahrscheinlich, um die Begründung des Magistrats bei der Regierung wirksamer zu gestalten, war in dem Bericht in Erwägung jedes positiven Notwendigkeitsbeweises auf den Drebbener Parteitag und den bürgerlichen Streik der Bau- und Erdbauarbeiter im Vorjahre Bezug genommen.

Damit ist die Notwendigkeit der Schuhmannsvereinbarung motiviert und die Regierung also gegen das ablehnende Verhalten der überwiegenden Mehrheit der Stadtverordneten Instanz gemacht worden. Die Regierung hatte denn auch ihre Resolutionsmaßregeln angekündigt in einem Bescheide, welcher der Versammlung vorlag. Sie droht die Anstellung der Nachwachswesen im Bauwege bis 1. April 1904 anzuordnen. Auch war in dem Bescheide der Regierung gerügt worden, wie angeführt wurde, die eingehenden sachlichen Begründungen es unter den Stadtverordneten noch welche geben könnte, welche diese Begründung des Magistrats eine so mangelhafte nennen könnten, wie noch nie etwas begründet worden sei, was Genosse Schütz bezeugt und auch nachgewiesen habe.

In der an den Regierungsbefehl sich anschließenden Debatte kam es zu einigen scharfen Auseinandersetzungen, da unsere Genossen die völlig fälschliche Darstellung der Erdbauarbeiten wie auch der total falschen Darstellung, als ob die Sozialdemokraten die Geleise nicht achten, scharfe Kritik übten und drastische erbschütternde Verdächtigungen garteten.

Genosse Schütz legte nochmals die Gründe, welche für die Ablehnung maßgebend sind, in längerer Ausführungen dar, beschränkte dabei besonders, daß der Schütz der Stadt mit den Nachwachswesen noch mehr fraglich erscheine, als unter dem jetzigen System, da unter diesen Beamten sehr viel minderwertiges Material sich befindet, was ja die ständige Mängel in den Zeitungen „Schutz vor Schugleuten“ klar bewies. Da der Magistrat unter Aufsichtnahme des Drebbener Parteitags die Regierung nun für diese Sache mehr begünstigt habe, so sei es Angehörigen der angeklüglichen Maßnahmen der Regierung besonders notwendig, daß das Stadtverordneten-Kollegium die Selbstverwaltung verteidige. Und zwar müsse man hier eventuell bis vor das Oberverwaltungsgericht gehen. Die Versammlung müsse ihren früheren Beschluß stehen lassen, da keinerlei neue Beweise für die Notwendigkeit der Erneuerung gebracht seien. Die Vorlage müsse abgelehnt werden. Gleichzeitig beantragte Gen. Schütz namentliche Abstimmung. Nachdem noch einige Herren sich dafür erklärten, der eine — Stadtverordnete H. Anders — besonders deswegen, weil das jetzige System veraltet sei (also lediglich aus formalen Gründen), wurden die von verschiedenen Seiten gemachten Abänderungsvorschläge zurückgezogen, erfolgte die Abstimmung über die Vorlage. Dieselbe ergab wiederum Ablehnung der Magistratsvorlage mit 22 gegen 11 Stimmen, also mit klarer Mehrheit. Trotz der günstigen Schwarzmalerei des Bürgermeisters, betraf die Drebbener Parteitag. Nach der Abstimmung war noch ein Antrag eingegangen, nochmals eine gemischte Kommission zu wählen, welche die ganze Angelegenheit nochmals durchberaten solle. Man geschah etwas ganz Sonderbares, ein Teil der Mehrheit, welche die Vorlage vorher abgelehnt, hatte jetzt plötzlich vor einem Konflikt mit der Regierung solche Angst bekommen, daß sie den Mut verloren. Deshalb stimmten für den Antrag 19 Stadtverordnete, gegen 11. Daraus ist die Entscheidung dieser Frage nun wiederum längere Zeit verzögert, denn die Bürgermeister und Bürger sind wiederum von der betrübenden Tatsache gestellt, den Geduldsboden noch länger zu spinnen, ehe sie Gewißheit erhalten, ob die vorerwähnte Vorlage des Magistrats ihnen als erstes Geschenk des neuen Jahres die vielumstrittenen Nachwachswesen bringt oder nicht.

Nach noch eine Verachtung in dieser denkwürdigen Stadtverordneten-Sitzung: die Punglauer Arbeiter haben aus den Verhandlungen wie die besitzenden Klassen und vor allem der Magistrat mit seinem sozialdemokratischen Abgeordneten der Spitze über sie werden. Die Arbeiter sind also zu Menschen und Staatsbürgern der ersten Klasse erklärt worden. Uebliche Arbeiter, wie Kupfer und Steinmetzen sind nicht vollwertig in den Augen des Herrn Abgeordneten! Nun darauf bleibt es nur eine Antwort, zeigt dem Magistratskollegium am 26. Januar bei der Stadtratswahl, wie die Punglauer Arbeiter beratige Unverschämtheiten beantworten. Agitiert für die Wahl darauf, daß auch der letzte Arbeiterwähler zur Wahl kommt, dann wird der Sieg unser sein. Auf zur Wahl am 26. Januar!

Jeder Wähler wird eine Einladungskarte vom Magistrat erhalten.

Wohlthun C. V. 12. Januar. Vermisst wird seit acht Tagen der 37-jährige Schuhmacher Kasper aus Pösch. Derselbe hatte vor kurzer Zeit bereits einen Selbstmordversuch im Wäldchen gemacht, was aber rechtzeitig noch an der Ausführung verhindert worden. Das kalte Bad und die Aufregung hatten darauf einwirken, daß er krank wurde und in Toblitz anfallt wurde, wobei seine Unterbringung in eine Anstalt beantragt werden mußte. In einem unbewachten Augenblicke gelang es ihm am Sonntag, den 3. Januar, nur mit einem Hemd bekleidet aus seiner Wohnung sich zu entfernen; seinen Hund er vernimmt. Seine letzte Spur wurde am nächsten Morgen bei Wessau bei bemerkt. Man nimmt daher an, daß der Unselbstliche dort in die Wälder gegangen und von der Störung unter das Eis getrieben ist. Die Nachforschungen sind ergebnislos geblieben.

Wessau C. V. 14. Januar. Eine geborstene Ordnungskasse. Dem Inspektor des hiesigen Gefängnisses, Oberleutnant Viktor von Puttkamer, wurden verschiedene Vergehungen im Amte zur Last gelegt. Während seiner Wirkungszeit am Gefängnis wurde er von seinen Untergebenen wiederholt Gelder herauszuschlagen unter dem Vorwand, daß es in Kürze zum Chef der Penitenciar-Gefängnisverwaltung ernannt werde. Er verschaffte sich Geld auf jede ihm mögliche Weise, schickte selbst vor falschen Beziehungen nicht zurück und machte sich viele Leute tributpflichtig. Beziehung ist es, daß von Puttkamer sogar Dienstmänner und Bedienstete in der Kasse in virtueller Weise angapumpen ließ. Diese kleinen Leute haben die mühsam zurückgelegten Sparpfennige natürlich unwiederbringlich verloren. Von einem unteren Gefängnisbeamten hat er einen Betrag von 1000 Mark in Verwahrung genommen. Auch dieses Geld war verloren. Der Angeklagte wurde in der heutigen Verhandlung wegen Betrages von Gefangenen-Aufsichtern und Lieferanten des hiesigen Gefängnisses zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Wessau C. V. 14. Januar. Schwere Unfall. Dem Arbeiter Peter Kasper aus Pösch drang ein altes Eisenstab durch das Bein. Da Blutergüsse hinzutrat, mußte gestern im hiesigen Krankenhaus dem Bedauernswerten das Bein amputiert werden. An seinem Aufkommen wird zweifelhaft.

Von der schlesisch-preussischen Grenze, 12. Januar. Durch eine Dynamitexplosion verkrüppelt wurde der bei der Kupfergrube in Wessau beschäftigte, von kurzem erst vom Militär gefesselt Franz Klinka. Der Genannte war mit Sprengung von Eisen beschäftigt, und da ein Dynamit nicht losgehen wollte, besaß er sich zu der Sprengungstelle, um nachzugehen. In dem Moment, da er die Hand nach der Patrone ausstreckte, erfolgte die Explosion. Dem Klinka wurde die linke

Hand vollständig abgerissen, der Knochen des Unterarms zerplittert und das Brustfleisch in Streifen gerissen. Andere Arbeiter, die hinter Klinka standen, erlitten nur unbedeutende Verletzungen. Die Eltern des Verunglückten waren während der Explosion anwesend. Als sie den gebluteten handlosen Arm ihres Sohnes sahen, wurden sie beide ohnmächtig.

### Standesamtliche Nachrichten.

Geburtshilfen. IV. Schuhmacher Robert Hoffmann, latb., Verwalderstraße 21, mit Maria Wier, latb., Vuffenstraße 4. — Schlosser Ernst Conrad, latb., Schweißerei, mit Auguste Lehmann, latb., Teichstraße 15. — Anstreicher Georg Kiewitz, latb., Victoriastraße 7, mit Emma Kiewitz, ev., Breiburgstraße 30. — Sattler Karl Schweißel, ev., Köhlerstraße Nr. 25, mit Vertha Waische, latb., Neue Schweißerei 2. — Schneider Karl Wasse, latb., Schillerstraße 21, mit Vertha Wasse, latb., Brandenburgerstraße 21. — Geburten. III. Drechsler Karl Gorn, latb., S. — Seiler Hermann Gorn, ev., S. — Arbeiter August Knappe, latb., S. — Arbeiter Karl Gorn, ev., S. — Arbeiter Julius Wiegand, latb., S. — Tischler Gustav Panzer, latb., S. — Arbeiter Robert Tauschmann, latb., S. — Arbeiter Joseph Wulz, latb., S. — Arbeiter Bruno Wier, latb., S. — Tischler Eduard Kainer, latb., S. — Schreiner Peter Wälsch, ev., S. — Tischler Eduard Kainer, latb., S. — Tischler Ernst Weiser, latb., S. — Schuhmacher Max Wälsch, ev., S. — Tischler Ernst Weiser, latb., S. — Schuhmacher Franz S. latb., S. — Schreiner Karl Weide, ev., S. — Tischler Wilhelm Kolodziej, ev., S. — Tischler August Knappe, latb., S. — Arbeiter August Wier, ev., S. — Arbeiter Richard Wiedemann, latb., S. — Arbeiter Anton Kühn, latb., S.

Vom 12. Januar. IV. Arbeiter August Knappe, latb., S. — Arbeiter Karl Gorn, ev., S. — Arbeiter Julius Wiegand, latb., S. — Tischler Gustav Panzer, latb., S. — Arbeiter Robert Tauschmann, latb., S. — Arbeiter Joseph Wulz, latb., S. — Arbeiter Bruno Wier, latb., S. — Tischler Eduard Kainer, latb., S. — Schreiner Peter Wälsch, ev., S. — Tischler Eduard Kainer, latb., S. — Tischler Ernst Weiser, latb., S. — Schuhmacher Max Wälsch, ev., S. — Tischler Ernst Weiser, latb., S. — Schuhmacher Franz S. latb., S. — Schreiner Karl Weide, ev., S. — Tischler Wilhelm Kolodziej, ev., S. — Tischler August Knappe, latb., S. — Arbeiter August Wier, ev., S. — Arbeiter Richard Wiedemann, latb., S. — Arbeiter Anton Kühn, latb., S.

### Gewerkschaftshaus.

Vorsitzender des Gewerkschaftshauses: Paul Wollner, Kleine Märkerstraße 21.

Freitag, den 15. Januar:  
 Holzarbeiter-Verein, Zimmer Nr. 1.  
 Gesangsverein „Freue“, Zimmer Nr. 3.  
 Sonntag, den 16. Januar:  
 Sitzung des Vorstands.  
 Metzger-Verein, Bibliothekszimmer, Zimmer Nr. 1.  
 Holzarbeiter-Verein, Zimmer Nr. 1.  
 Holzarbeiter-Verein, Zimmer Nr. 1.  
 Tischler-Verein, Zimmer Nr. 2.  
 Tischler-Verein, Zimmer Nr. 3.  
 Tischler-Verein, Zimmer Nr. 3.  
 Tischler-Verein, Zimmer Nr. 3.  
 Tischler-Verein, Zimmer Nr. 3.  
 Tischler-Verein, Zimmer Nr. 3.

Warenverkäufer, Kahlbad unten. Sozialdemokratischer Verein, Kahlbad unten. Sattler-Krankenkasse, Kahlbad unten.

### Mitteilungen der Bezirksführer etc.:

Bezirk II (Nikolaifeld). Die Bezirksführer werden dringend ersucht, die Mitgliedsbücher bis spätestens 16. Januar abzugeben und im bekannten Lokal abzugeben. Der Bezirksführer.  
 Bezirk VII (Innere Stadt). Bezirke 100-110. Die Bezirksführer werden dringend ersucht, die Mitgliedsbücher einzulegen und bis spätestens Sonntag Vormittags an den Bezirksführer Roska abzugeben. Die Wiederausgabe erfolgt am 20. Januar in der Zusammenkunft der Bezirksführer.  
 Bezirk 2. Sonntag, den 17. Januar, früh 9 Uhr, Zusammenkunft im bekannten Lokal zur Volkswoche, Kaitation. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, an dieser Arbeit teilzunehmen.  
 Bezirk 5. Sonabend Abend Zusammenkunft. Mitgliedsbücher sind abzugeben. Der Bezirksführer.  
 Bezirk 14. Zusammenkunft Sonntag, den 17. Januar, Vormittags 10 Uhr, im bekannten Lokal. Die Mitgliedsbücher können gleichzeitig mit in Empfang genommen werden. Der Bezirksführer.  
 Bezirk 25. An Stelle des Genossen J. Wünsche ist Genosse Tarnke, Glaser, Rosenhalestraße 104, als Bezirksführer gewählt worden. Der Bezirksführer.  
 Bezirke 61 und 63 (Schelmiger Vorstadt). Sonabend, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Bezirke 61 und 63 zwecks wichtiger Besprechung in dem von mir bekannt gegebenen Lokal. Diejenigen Mitglieder, welche ich am vergangenen Sonntag nicht angetroffen habe, werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen, welche unbedingt nötig sind. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist sehr erwünscht. Der Bezirksführer.  
 Bezirke 92, 93 und 94. Die Zusammenkunft findet am Dienstag, den 19. Januar, statt. Wahl eines Bezirksführers des 92. Bezirks. Ausgabe der Mitgliedsbücher. Der Bezirksführer.  
 Bezirke 108 und 110. Die Zusammenkunft findet heute Freitag, den 15. d. M. statt. Der Bezirksführer.  
 Bezirk 121 (Gartlieb-Krieten). Am Sonntag Zusammenkunft im bekannten Lokal. Beiträge werden angenommen. Der Bezirksführer.

**Volksvorstellung**  
 des sozialdemokratischen Vereins in Breslau.  
 Sonntag, den 24. Januar 1904  
 im Thalia-Theater  
 Nachmittags-Vorstellung  
**Der Strom**  
 Drama in 3 Aufzügen von Max Halbe.  
 Preise der Plätze:  
 Loge 60 Pfg., Parkett 50 Pfg., Sperrisitz 40 Pfg., II. Rang 30 Pfg., III. Rang 20 Pfg., Gallerie 10 Pfg.  
 Billets sind in der Expedition der „Volkswacht“ zu haben.

Am 12. d. Mts. verschied nach kurzen schwarzen Leiden unser Kollege

**Karl Schneider**  
 im Alter von 36 Jahren.  
 Sein Andenken wird in Ehren halten

Das Personal der Firma  
**Müller & Bräuer.** 168

**Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau.**  
 Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr  
 im Gewerkschaftshaus  
**Generalversammlung.**

Tagesordnung:  
 1. Kassenbericht des IV. Quartals.  
 2. Abrechnung vom Stiftungsfest.  
 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren.  
 4. Verschiedenes und Annahme neuer Mitglieder.  
 Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

J. A.: Der Vorstand.

**Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!**

Die  
**Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft**  
 C. G. m. b. H.  
 Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaifstraße.  
 Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 93  
 empfiehlt ihr großes Lager in

**Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.**  
 Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Werkstatt aufmerksam. Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder angestellt.  
 Der Vorstand.  
 2033 Paul Thator, Paul Lang.

**Zigarren!**

Mein neu errichtetes Zigarren-Spezial-Geschäft erlaube ich mir hiermit zu empfehlen und bitte um gütige Unterstützung.

Dochachlenb  
**K. Breuer,**  
 39, Friedrich-Wilhelmstr. 39.

**Stadt-Theater.**  
 Freitag:  
 Gastspiel Sinrid Arnoldson:  
 „Mignon“.  
 (Parkett 5 Mark 20.)  
 Sonabend nachmittags 3 1/2 Uhr:  
 „Holländer“.  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
 „Don Juan“.

**Reste**  
 für seine  
**Winter-Heberzieher,**  
**Joppen-Damen-Jackets**  
 jetzt ausfallend billig.  
**Spotbillige**  
**Hut-Tage.**  
 26, Gold. Badegasse 26.

**Lobe-Theater.**  
 Freitag:  
 „Bruder Straubinger“.  
 Sonabend:  
 „Rosa Berger“.

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**  
 Freitag (Humboldt-Verein):  
 „Der Gelehrter“.  
 Sonabend (Gruppe H.):  
 „Basemann's Töchter“.

**Dominikaner.**  
 Heute Freitag:  
**V. Gr. Bockfest**  
 mit Mitwirkung d. gesamten Elite-Leipziger.  
 Entree 10 Pf.  
 inklusive Mitglieder.

**Möbell Streng reell! Möbell**  
 Wichtig für Möbellkäufer!

Wenn Sie reell und dauerhafte Möbel kaufen wollen, so beachten Sie meine Firma. Sie kaufen bei mir um 15% billiger, weil ich die Möbel in eigener Werkstatt anfertige und langjährige Garantie gebe. 50 kompl. Einrichtungen stehen zur Verfügung von 150 Mt. an in allen Holzarten. Beschäftigung ohne Kaufzwang gestattet. Nach außerhalb freie Verpackung.

**J. Zwolanowski, Tischlermeister,**  
 Jetzt Matthiasstrasse 110, v.a. der Kreuzburgerstrasse.

Die große, als reell bekannte Firma  
**K. Christmann**  
 37 Scheitnigerstraße 37  
 empfiehlt ihr großes Lager von  
**Herrn-, Damen- und Kinderstiefeln**  
 und guten  
**Filzschuwaren.**  
 Für Vereine zum Einkauf Preisausnahme.  
 Bitte um Beachtung!

**Getreide-Kornbranntwein**  
 vorzügliche Qualität, offeriert einem geehrten Publikum an detail und an gros zu billigen Preisen 1701  
 die Dampfbranntwein-Brennerei von  
**A. Schumm, Inhaber Wilhelm Hänel**  
 Scheitnigerstraße 20 (Ecke Dirschstraße).

**A. Franz Nachfl. H. Wiersing**  
 Messergasse 11, am Neumarkt.  
 Größtes Theater- und Masken-Garderoben-Verleih-Institut.  
 Grosse Auswahl in Quadrillen-, historischen und Festzugs-Kostümen. 1699  
 Neu-Anfertigungen prompt und billigst.  
 Telephon 7996. Theater-Bühne loihweise zur Verfügung.

**Achtung! Striegau. Achtung!**  
 Parteigenossen, deckt euren Bedarf an Fleischwaren bei  
**Julius Baier,**  
 Rostschlächter, Gräbenstr. u. Jauerstr.

Alkoholismus und Arbeiterschaft!

Sonntag Vormittag 11 Uhr: Dr. Fröhlich-Wien im Gewerkschaftshause.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung. Donnerstag, den 14. Januar 1904. Am Bundesratsitz: Graf Posadowski. Eingegangen ist eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion über das Treiben der russischen Geheimpolizei und den Königshöflichen Geheimbundproben.

Unter Buarundelegung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes. Staatssekretär Graf Posadowski erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Dr. Becker (nationalliberal): Die durch kaiserliche Erlassung im Jahre 1882 erlassene Sozialversicherungsgesetz...

Die durch kaiserliche Erlassung im Jahre 1882 erlassene Sozialversicherungsgesetz hat zu dem Zweck, die wirtschaftliche und soziale Lage der deutschen Arbeiter zu heben. Aber nicht nur die Arbeiter, sondern heute zu den wirtschaftlich Schwachen, sondern auch der deutsche Handwerkerstand, der Gefahr läuft, zum Proletariat herabzusinken...

Die Ausführungen des Herrn Vorredners machen seinem Herzen Ehre, aber eine verantwortliche Regierung hat die Pflicht, in einer solchen grundlegenden Frage nicht nur mit dem Vorgesetzten, sondern auch mit dem Volke zu verhandeln. Der Interpellant sprach den Grundgedanken aus, daß alle Staatsbürger Anspruch auf die Hilfe des Staates haben sollten...

Es handelt sich jetzt darum, ob der Staat im Wege der Versicherung die Verpflichtung übernehmen soll für die Zukunft nicht nur der unfähigen, sondern auch für die selbständigen wirtschaftlichen Existenzen. Es steht sich, ob wir diesen Ruf schon überhört haben.

Aus aller Welt.

Abbruch eines Liebesdramas. Vor einem Münchener Schlichter ist in dieser Tage ein Liebesdrama am Abschluß gekommen, das seiner Zeit viel Aufsehen erregt hat. Der 31-jährige Buchbindergebilfe Julius Kaschitz aus Steiermark hatte am 23. Juni vorigen Jahres umweil von München eine 32-jährige Geberstochter durch einen Messerstoich ins Herz gestochen...

Drei Kinder verbrannt. Wie gemeldet wird, verbrannten in Meianland bei Strehlen drei Kinder des Dominikshausbesitzer Schaffranek, die von ihren Eltern im Zimmer eingeschlossen worden waren. Sie hatten mit aus dem Ofen entnommenem Feuer gespielt...

Eine feine Pleite. Nach den Aufstellungen des Konkursverwalters befindet sich der Schuldenstand des jüngst aus der Arzenei geschiedenen, in Konkurs geratenen Herrmanns Oberleitnant Wöl in München auf eine Million Mark. Die Gläubiger werden hieraus nur wenig herausbekommen...

Ein brave Tat. Ein in New-York einreisender Dampfer lieferte eine schwere Stürme auf See. Die „New-York“ von der Amerikaner-Pinie hatte wegen des Unwetters auf der Fahrt von Southampton nach New-York einen vollen Tag Verspätung...

viel größerem Rechte die gleiche Anforderung an das Reich stellen. Wenn wir die Handwerker versichern, so können dasselbe auch die kleinen Kaufleute - und es giebt deren mit sehr zahlreicher Zukunft - verlangen.

Ich kann Sie versichern, daß selbst zahlreiche Großbauern in ihren Einkommensverhältnissen viel unglücklicher dastehen und eine viel unsichere Zukunft haben, als viele Handwerker. Und mit demselben Recht würden dann zweitens auch Künstler, Gelehrte, Ärzte und Apotheker die obligatorische Versicherung verlangen. Wenn Sie also einmal diesem ungeheuer wichtigen Schritt tun wollen, auch wirtschaftlich selbständige Existenzen zu versichern, dann werden wir dazu kommen, die Versicherung auf sämtliche Staatsbürger bis zu einem gewissen Einkommen auszuweiten...

Ich komme nun zu den finanziellen Folgen. Sie haben den Sozialist unter der Bedingung bewilligt, daß bis zum Jahre 1910 die Witwen- und Waisenversicherung eingeführt wird. Ich habe mich mit der Frage sehr eingehend beschäftigt und dem Bundesrat wird demnächst eine Denkschrift über diese Frage zur Verfügung gehen. Es hat sich ergeben, daß, wenn man die Versicherung selbst auf die allerhöchste Grundbesitzlage stellt, es ohne Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber ausfällt...

schwere Seen über das Schiff und überschwebten es vom Bug bis zum Heck. Am schlimmsten war es am Mittwoch Morgen, als das Unglück beschäbigt wurde und es sich als unerschütterlich erweisende Schäden sofort auszubrechen, um zu verhindern, daß die Vorbrücke das Verdeck zertrümmerte und in den Salon stürzte. Das Schiff verlangsamte seine Fahrt, und alle Mann wurden auf Deck gerufen. Während mehrere Matrosen an der Ausbesserung des Drahtseils arbeiteten, neigte sich das Schiff plötzlich tief in die See hinein...

Auf Antrag des Abg. Dr. Carster (natl.) beschließt das Haus die Besprechung der Interpellation.

Abg. Trimborn (Zentrum) hofft, daß man sich über die Modalitäten der Witwen- und Waisenversicherung verständigen werde und geht sodann zur Besprechung der Interpellation über. Die Herren, die der Herr Interpellant über die freiwillige Versicherung der selbständigen Handwerker gegeben hat, scheinen mir anschaubar, wenngleich es Tatsache ist, daß von der freiwilligen Versicherung ein minimaler Gebrauch gemacht wird...

Abg. Wolfenbühne (Sozialdemokrat): Schon im Jahre 1882 hatten mein Freund Nebel und seine Parteifreunde beantragt, auch alle selbständigen Handwerker, sofern ihr Einkommen 2000 Mark nicht übersteigt, unter die Invaliditäts-Versicherung zu stellen. Herr Dr. Becker kennt offenbar diesen Antrag nicht...

Abgeordneter Trimborn hat einmal eine ganz besondere Meinung in Bezug auf die Aufbringung der Mittel für die Witwen- und Waisenversicherung geäußert. In der Kommission wollte er die Mittel zur Hälfte aus dem Fiskus des angesehnen Fonds, zur Hälfte aus Beiträgen der selbständigen Handwerker herbeiführen lassen. Im Plenum aber erklärte er, daß im Preise seiner Freunde Bedenken obwalten, diese Beiträge gefälligst festzusetzen. In Bezug auf die Interpellation macht der Staatssekretär einen großen Unterschied zwischen selbständigen und selbständigen Handwerkern...

Damit würde kein zu großes finanzielles Experiment gemacht werden. Es ist dringend nötig, daß die Rente, die an der Grenze der Arbeiterschaft stehen, mehr und mehr in die Versicherung hineingezogen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung geht rapid vor sich. Das Großkapital laugt den kleinen Mittelstand immer mehr auf. In einzelnen Industriezweigen geht die Entwicklung besonders rasch vor sich...

aber dann nicht mehr gesehen. Der erwähnte Dampfer liegt zur Zeit im Gerstenlande im Dock zur Ausbesserung seiner Beschädigungen. Ein Nord, der durch seine Not zu bemerkenswert ist, wird aus Toulon gemeldet. Ein Soldat, Namens Chretien, wurde eines Offiziers Kouille, war von diesem Kommando abgelöst worden, weil er die Gemahlin des Offiziers belästigt hatte. Er benutzte die Abwesenheit des Offiziers von der Wohnung, um dorthin zurückzukehren, schlug die Frau nach langem Kampfe nieder und stürzte sie aus dem Fenster. Die Frau ist tot. Der Mörder wurde verhaftet. Eine Vielgeprüfte ist die erst 27-jährige Madame Schmutz in Genf, die sieben zum 6. Male in dem Stand der heiligen Ehe getreten ist. Sie ist mit einem deutschen Ingenieur. In Mailand ging sie als 17-jährige mit ihrem ersten Gatten, einem Franzosen, nach 2. Er starb; ein Jahr später heiratete sie einen Engländer. In Woburn Bristol war. Der zweite Gatte wurde bei einem Eisenbahn-Unglück getötet. Als bald darauf einer seiner Freunde, ein Amerikaner, um die Witwe anhehl, heiratete sie ihn. Mit diesem Gatten ging sie nach Newyork und verlebte dort drei Jahre. Wieder blieb sie als Witwe zurück. Bei ihrer Rückkehr nach Europa verliebte sich ein russischer Reisender in sie, und bald darauf fand die Frau den Paars in die Flucht. Aber kaum hatte sie Odessa, das Heim ihrer vier Gatten erreicht, so erkrankte er am Typhus und starb. Sie lebte nach Mailand zurück, wo sich ein Schulfreund um sie bewarb und sie heiratete, - nach einem halben Jahre fand er den Tod in den Bergen. Während der nächsten zwei Jahre schlug die vielgeprüfte Frau drei Privatverträge aus, aber schließlich nahm sie den Deutschen. Mme Schmutz spricht fließend fünf Sprachen, die sie von ihren verstorbenen Männern gelernt hat. Sie hat keine Kinder. Wie das Blatt, dem wir diese hoffentlich wahre Geschichte entnehmen, beruhigend hinzufügt, ist die Dame entschlossen, niemals wieder zu heiraten, wenn auch dieser letzte Versuch nicht von längerer Dauer als die bisherigen ist. Nord im Eisenbahndampfer. Im Wien-Freiburg-Genève Dampfer wurde Nacht in einem Coupee ein Reisender mit durchdringender Kugel angefaßt. Wie festgestellt werden konnte, heißt der Ueberfallene Johann Bauer. Nacht ist er gestorben. Er konnte noch vor seinem Tode verständlich machen, daß er in Coupee überfallen und ausgeraubt wurde. Selbstmord eines Deserteurs. Ein fahnenflüchtiger Deserteur vom Dreizehnten Schützenregiment wurde von einer Patrouille ermittel. Als seine Verfolger ihn ergreifen wollten, warf er sich vor einen Eisenbahnwagen und ließ sich überfahren. Die Patrouille fand nur seinen zerstückelten Leichnam. - Warum? Eine ganze Familie ins Irrenhaus. Am Donnerstag machte eine ganze, aus zwei Kindern und einer Schwester bestehende Familie, sowie deren Dienstmädchen in das Irrenhaus gebracht worden, weil sich bei ihnen Erscheinungen von Verfolgungswahn ausprägen würden.

manne, die jenen althergebrachten...  
Jahren für eine entsprechende...  
Nationalliberalen die Wahl unserer...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

und; trotzdem haben sich die...  
nicht wachsend machen lassen...  
Abg. Wollenbuhr (Sozialdemokrat):  
Unsere Ansicht, daß das...  
Abg. Wollenbuhr (Sozialdemokrat):  
Unsere Ansicht, daß das...  
Abg. Wollenbuhr (Sozialdemokrat):  
Unsere Ansicht, daß das...

wir schon gemacht als die...  
Ich erinnere mich an...  
Das Dana verlegt...  
Schluß 7 Uhr.

### Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 15. Januar 1904.

**Wie das Zentrum den Alkoholkampf**  
kämpft. Unter Wiener Parteiführer Dr. Fröhlich...  
So sieht also der Kampf des Zentrums...  
Kampfes? Alle Kollegen wollen dies beachten.

**Abg. Fröhlich (Antifemil):**  
Die Handwerker müssen...  
So sieht also der Kampf des Zentrums...  
Kampfes? Alle Kollegen wollen dies beachten.

**Abg. Fröhlich (Antifemil):**  
Die Handwerker müssen...  
So sieht also der Kampf des Zentrums...  
Kampfes? Alle Kollegen wollen dies beachten.

**Abg. Fröhlich (Antifemil):**  
Die Handwerker müssen...  
So sieht also der Kampf des Zentrums...  
Kampfes? Alle Kollegen wollen dies beachten.

**Abg. Fröhlich (Antifemil):**  
Die Handwerker müssen...  
So sieht also der Kampf des Zentrums...  
Kampfes? Alle Kollegen wollen dies beachten.

**Abg. Fröhlich (Antifemil):**  
Die Handwerker müssen...  
So sieht also der Kampf des Zentrums...  
Kampfes? Alle Kollegen wollen dies beachten.

**Abg. Fröhlich (Antifemil):**  
Die Handwerker müssen...  
So sieht also der Kampf des Zentrums...  
Kampfes? Alle Kollegen wollen dies beachten.

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Wölfer (Antifemil):**  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...  
Abg. Wölfer (Antifemil):  
Der Staatssekretär hat schließlich...

**Abg. Fröhlich (Antifemil):**  
Die Handwerker müssen...  
So sieht also der Kampf des Zentrums...  
Kampfes? Alle Kollegen wollen dies beachten.